

## Sternenkrieg in New York

Auch im New Yorker Hauptquartier der Vereinten Nationen hofft man nach dem Sinneswandel der USA unter Präsident Obama auf Fortschritte im Kampf gegen ein Wettrüsten im Weltraum. **Seite 2**

FRANKFURTER  
MESSE

## Literaturbeilage zur Frankfurter Buchmesse

Es beginnt mit einer Erzählung aus tiefen Wassern, es endet mit einem Schwarzbuch – Belletristik, Sach- sowie Kinder- und Jugendbuch bietet die ND-Beilage. Gastland Argentinien ist so präsent wie deutsche Gegenwartsliteratur. Heimatlob und Kapitalismus-Kritik, Poesie und Politik, Geschichten und Geschichte.



## Standpunkt

### Faustrecht

Von Markus Drescher

Langsam aber sicher ist es nur noch peinlich: Nach Bahnchef Grube am Wochenende äußern sich gleich vier weitere hochrangige Befürworter des steuermilliardenschweren Bahnprojekts Stuttgart 21 schrill zu Wort, schimpfen wie die Rohrspatzen über ihre Gegner, bezichtigen sie der Unaufrichtigkeit, stilisieren sich selbst zum Opfer und wiederholen zum x-ten Mal das Mantra von der demokratisch gefällten Entscheidung für den Megabahnhof.

Und dann sowas: Mitten hinein in die Schimpftiraden platzt die Meldung, dass das Verwaltungsgericht die Rechtmäßigkeit der Baumfällaktion in der letzten Woche prüft. Es war über ein Schreiben des Eisenbahnbundesamtes in Unkenntnis gelassen worden, das möglicherweise zu einem Stopp der Rodung hätte beitragen können. Nur zur Erinnerung: Damit die Bäume abgeholzt werden konnten, wurden Demonstranten von Wasserwerfern von der Straße gespritzt, Kinder und Alte zusammengeknüpelt und Demonstranten mit Pfefferspray eingesprüht.

So wurde also ein Vorhaben durchgepeitscht, das sich am Ende als rechtswidrig herausstellen könnte. Und selbst wenn der Brief vom Gericht im Nachhinein als nicht relevant eingestuft wird – er hätte ihm zumindest von dem (Staatsunternehmen) Deutsche Bahn vorgelegt werden müssen. So viel zu der Frage, was die Verantwortlichen für Baumfällung, Prärieinsatz und anschließende Beschimpfungen von diesem Rechtsstaat halten.

## Politiker pöbeln gegen S 21-Gegner

Gericht prüft Rechtmäßigkeit der mit Gewalt durchgesetzten Baumrodungen in Stuttgart



Ihre Ironie haben die Stuttgart-21-Gegner noch nicht verloren.

Foto: dpa/Ansapach

Die Auseinandersetzung um Stuttgart 21 geht ungebremst weiter: Die verantwortlichen Politiker, die unter keinen Umständen vom neuen Bahnhof ablassen wollen, ergehen sich weiter in Demonstrantenbeschimpfung. Projektgegner können sich eine Vermittlung vorstellen. Voraussetzung: Baustopp. Derweil prüft das Stuttgarter Verwaltungsgericht, ob die Baumfällungen rechtswidrig waren.

Berlin (ND-Drescher/Agenturen). Keine Argumente? Kein Problem. Faktenfreie Angriffe auf den Gegner gehen immer. Baden-Württembergs Innenminister Heribert Rech (CDU) im bayrischen Rundfunk: Die Demonstranten handeln aus grundsätzlicher Antipathie gegen den Staat. Es gehe ihnen »schon längst nicht mehr um dieses Bahnprojekt, sondern darum, es diesem Staat zu zeigen und demokratisch gefällte Entscheidungen einfach zu ignorieren«. Rechts Kol-

lege Justizminister Ulrich Goll (FDP) sagte der »Financial Times Deutschland« unter anderem: Es gehe den Demonstranten nicht um die Kosten, sondern um die Belästigungen durch Bauarbeiten. »Die Menschen sind in zunehmender Zahl sehr unduldsam und wohlstandsverwöhnt.«

Stuttgarts Oberbürgermeister Wolfgang Schuster (CDU) sieht die Befürworter des Projekts »systematisch« diffamiert, und »jeden Tag« würden »neue Gerüchte« gestreut. Und von den Vorwürfen, die Behörden hätten mit falschen Fakten gearbeitet, will Bundesverkehrsminister Peter Ramsauer (CSU) Ramsauer nichts hören: »Ich weiß, dass nicht mit falschen Fakten gearbeitet worden ist. Wenn das so wäre, dann wären alle Beschlüsse und Genehmigungen hinfällig.«

Mit einem derart schnellen Ende der Auseinandersetzung wären die S 21-Gegner vermutlich hochzu-

frieden. Es blieben unter anderem die Wut wegen der bereits gefällten Bäume und die Frage an OB Schuster, ob er folgendes auch für ein Gerücht hält: Die mit massiver Polizeigewalt durchgeknüppelte Abholzaktion war möglicherweise rechtswidrig.

Nach Informationen der dpa wurde das Verwaltungsgericht Stuttgart von der Deutschen Bahn nicht über ein Schreiben des Eisenbahnbundesamtes informiert. Dieses hatte in der vergangenen Woche naturschutzrechtliche Zweifel wegen der Baumfällungen angemeldet. Anlass ist der unter Naturschutz stehende Juchtenkäfer: Die seltenen Tiere leben auf dem Stuttgart-21-Gelände. Dennoch wurden in der Nacht zum Freitag 25 Bäume im Schlossgarten abgeholzt. »Das Gericht wird der Frage nachgehen, ob entscheidungserhebliche Informationen im Verlauf des Donnerstagnachmit-

tags dem Gericht nicht vorgelegen haben«, sagte eine Gerichtssprecherin. Der Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND) hatte am vergangenen Donnerstag versucht, die Baumfällarbeiten mit einem Eilantrag auf einstweilige Anordnung zu stoppen. Die Frage ist nun, ob das Verwaltungsgericht über den Eilantrag des BUND sofort entschieden und die Rodung möglicherweise verhindert hätte, wenn es die Zweifel des Eisenbahnbundesamtes gekannt hätte.

Von Bundesgrünen, -SPD und -FDP wurde am Montag zur Konfliktlösung ein Schlichter ins Gespräch gebracht, wobei Grüne und SPD als Grundlage weiterhin einen Baustopp fordern. Dieser wird von den Befürwortern jedoch strikt abgelehnt. Ungeachtet des rhetorischen Schlagabtauschs der Politiker wollten in Stuttgart am Montagabend erneut Tausende auf der Straße ihren Unmut äußern.

## Vor Afrika beginnt eine neue Piratensaison

Fregatte »Köln« brachte verdächtiges Boot auf / Kenia will angeblich keine Seeräuber mehr anklagen

Von René Heilig

Mit dem Ende der Monsunzeit werden Piraten wieder aktiver. Eine deutsche Fregatte hat vor der ostafrikanischen Küste einen Überfall auf ein libanesisch geflaggtes Schiff verhindert.

Die unter libanesischer Flagge fahrende »Star II« war am Sonntag im Golf von Aden von einem verdächtigen Boot verfolgt und beschossen worden. Die im Rahmen der Überwachungsoperation »Atalanta« eingesetzte Fregatte »Köln« schickte ihren Lynx-Bordhubschrauber zu Hilfe. Mit Warnschüssen stoppte die Helikopterbesatzung die Verfolger. Bei einer Durchsuchung ihres Bootes wurden keine Beweismittel gefunden. Zuvor hatten die Soldaten allerdings beobachtet, dass die mutmaßlichen Piraten Gegenstände ins Wasser warfen.

Ende September erst war im

Südeingang zum Roten Meer ein russisches Handelsschiff überfallen worden, das jedoch mit einem sogenannten Vessel Protection Detachment der russischen Marine die Angreifer vertreiben konnte. Eine türkische Fregatte, die derzeit als Flaggschiff der multinationalen Task-Force 151 operiert, brachte unlängst ein Piratenschiff auf. Die sieben Besatzungsmitglieder wurden am Strand abgesetzt, ihr Boot versenkt. Eine italienische Fregatte fing eine iranische Dhau ab, die als Piraten-Mutterschiff dienen sollte. Die Seeräuber wurden zur strafrechtlichen Verfolgung an Kenia übergeben. Das spanische Docklandungsschiff »Galicia« brachte ebenfalls eine Dhau auf, die als Mutterschiff dienen sollte – an Bord vier Gangster, die den kenianischen Behörden übergeben wurden.

Laut Schifffahrtsexperten bemühte sich Kenia – auch dank

kräftiger finanzieller Unterstützung durch die internationale Gemeinschaft –, Strafverfahren gegen festgesetzte mutmaßliche Piraten rasch einzuleiten. Am 29. September verurteilte ein Gericht elf somalische Piraten zu jeweils fünf Jahren Haft. Grund: Sie hatten im April 2009 das Containerschiff »Safmarine« überfallen. Französische Marinesoldaten nahmen die Angreifer fest und übergaben sie an Kenia.

Doch nun berichten kenianische Medien, dass das ostafrikanische Land seit Ende September keine gefangenen Piraten mehr abnehmen will. Damit würde der EU-Anti-Piraten-Einsatz »Atalanta« ebenso gefährdet wie vergleichbare Operationen der NATO. Wenn Kenia nicht mehr bereit ist, Piraten aus Somalia vor Gericht zu stellen, bleibt den Soldaten nach einer Festnahme von Seeräubern nur ein Prozess im jeweiligen Heimat-

land des Kriegsschiffes oder eines gekaperten Schiffes. Einzige Alternative: Freilassung. Dass die EU ein vergleichbares Memorandum of Understanding auch mit den Seychellen getroffen hat, wird nicht weiterhelfen, befürchten Experten. Der Inselstaat wäre mit der Aburteilungsaufgabe total überfordert.

Admiral Farah Ahmed, Kommandeur der somalischen »Marine«, kündigte unterdessen den Beginn eigener »offensiver Operationen« an. Doch die somalische Zentralregierung kontrolliert nur einen kleinen Teil der somalischen Küste nahe Mogadischu. Die meisten Piratencamps liegen fernab. Wie viele Boote der Admiral in Fahrt bringen kann, ist unbekannt. Mehrere britische Versicherungsgesellschaften wollen zum Schutz von Handelsschiffen demnächst eine private Flotte mit etwa 20 bewaffneten Booten entsenden.

## Wilders in Amsterdam vor Gericht

Rassenhass-Anklage gegen Rechtspopulisten

Amsterdam/Berlin (AFP/ND). Der niederländische Rechtspopulist Geert Wilders steht seit Montag wegen Volksverhetzung vor Gericht. Zum Auftakt des Verfahrens wegen Anstachelung zum Rassenhass und der Diskriminierung von Muslimen verteidigte Wilders sein Recht auf Meinungsfreiheit, schwieg dann aber zu den Vorwürfen.

»Zusammen mit mir steht das Recht auf freie Meinungsäußerung vieler Niederländer vor Gericht«, sagte Wilders. Er werde keine seiner Aussagen zurücknehmen. Nach zwei Stunden wurde die Verhandlung unterbrochen. Wilders' Anwalt Bram Moszkowicz bezichtigte den Vorsitzenden Richter Jan Moors der Parteilichkeit, nachdem dieser den schweigenden Wilders zum Reden aufgefordert hatte. »Sie scheinen gut darin zu sein, eine Meinung zu verbreiten, stehlen sich dann aber aus der Diskussion«, warf Moors dem Angeklagten vor. Wilders muss vor Gericht, weil er den Islam als »faschistisch« bezeichnet und den Koran mit Hitlers »Mein Kampf« verglichen hatte.

Die Bundesregierung bekräftigte, sie sehe trotz der Duldung der neuen Koalition in den Niederlanden durch Wilders kein Hindernis für eine Zusammenarbeit. Es gebe »sehr gute, enge Kontakte zwischen der Bundesregierung und der niederländischen Politik«, sagte Vize-Regierungssprecher Christoph Steegmans in Berlin.

## Kurz

### Nobelpreis für Medizin vergeben

Stockholm (dpa). Der Nobelpreis für Medizin geht in diesem Jahr an den »Vater« der Reagenzglas-Babys, Robert Edwards. Für seine Technik der künstlichen Befruchtung erhält der 85-Jährige die bedeutendste Auszeichnung für Mediziner, teilte das Karolinska-Institut am Montag in Stockholm mit.

### Nazi-Schmiererei

Straßburg (AFP). Unbekannte haben das Haus eines renommierten französischen Arztes jüdischen Glaubens in einem Straßburger Vorort mit Hakenkreuzen und antisemitischen Slogans beschmiert. Dies teilte die Frau des Gynäkologen Israël Nisand am Sonntag mit.

### Moschee angezündet

Ramallah (dpa). Israelische Siedler haben nach palästinensischen Berichten in dem Dorf Beit Fadschar im südlichen Westjordanland eine Moschee in Brand gesetzt.

### Buchpreis für Abonji

Frankfurt am Main (dpa). Die Schweizer Schriftstellerin Melinda Nadj Abonji erhält für ihren Roman »Tauben fliegen auf« den Deutschen Buchpreis. Dies gab die Jury am Montagabend in Frankfurt bekannt. Die Auszeichnung ist mit insgesamt 37 500 Euro dotiert.

## Unten links

Kurz vorm 20. Jahrestag der Einheit gab es eine Randnotiz, die aufforchen ließ: Jetzt endlich, im Herbst 2010, hat Deutschland seine letzten Schulden aus Wiedergutmachungsleistungen wegen des ersten Weltkriegs bezahlt. Das sind Schulden, die der Westen mitgebracht, über die er aber vor 20 Jahren lieber nicht geredet hat. Seitdem stellt sich der Osten besorgt zwei Fragen: Was haben wir uns da eingehandelt? Und: Was kommt noch hinterher? Wird es uns wundern, wenn es demnächst heißt, dass wir wegen des Dreißigjährigen Kriegs immer noch an Schweden blechen? Oder, noch ärgerlicher, wegen der Sache damals im Teutoburger Wald an Berlusconi? Oder dass der halbe bayerische Staatshaushalt nach wie vor für die Asbestsanierung von Ludwigs Lampenladen Neuschwanstein draufgeht? Ganz davon abgesehen, dass uns horrendes Strafzahlungen bis zum jüngsten Tag wegen der weltweiten Emission des Liedguts von Heino und den Wildecker Herzbuben drohen. **wh**

www.neues-deutschland.de  
twitter.com/ndaktuell

Postvertriebsstück / Entgelt bezahlt  
Einzelpreise Ausland:  
Österreich Mo-Fr 1,60 EUR/Sa 2,00 EUR  
Slowakei 1,70/2,10 EUR  
Tschechien 61/71 CZK  
Polen 6,60/9,50 PLN ISSN 0323-4940

